

Ein fades Gefühl zum Jahresende

Düsseldorf hat die drittgrößte jüdische Gemeinde Deutschlands. Der Rückhalt nach dem Hamas-Terror hätte größer ausfallen können.

VON UWE-JENS RUHNAU

DÜSSELDORF Die Landeshauptstadt hat mit 6800 Mitgliedern die drittgrößte jüdische Gemeinde in Deutschland. Schon von daher hätte eine besondere Solidarität mit Israel nach der Terrorattacke der Hamas am 7. Oktober in Düsseldorf spürbar sein müssen. Das aber war nicht der Fall. Es gab bewegende Zusammenkünfte mit ein paar hundert Menschen am Rathaus, am Rheinufer oder vor der Jüdischen Gemeinde. Aber während pro Palästina bis zu 17.000 Menschen durch die Straßen der Stadt zogen, waren es pro Israel bis zu – nach oben aufgerundet – 2000 Personen. Zwischenzeitliche Überlegungen in der Stadtgesellschaft, einen großen Umzug zu organisieren, verliefen im Sande.

Eine verlässliche Haltung nahm von Beginn an Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) ein. Er hisste am Rathaus eine Israel-Fahne und sagte gleich, jetzt sei unsere Position an der Seite Israels. Der Zuschuss für die jüdische Gemeinde wurde erhöht. Auch zeigten einige Institutionen Flagge. An der Uni wurde ein Großbild mit den entführten Israelis aufgehängt. Am Düsseldorfer Verwaltungsgericht weht neben der deutschen eine große Israel-Fahne. Zur Enttäuschung wurden die



Am Verwaltungsgericht Düsseldorf weht neben der deutschen auch eine israelische Flagge.

FOTO: ULR

Kultureinrichtungen. Zwar wurde am Hetjens-Museum eine Friedensflagge aufgezogen, Oper und Schauspielhaus teilten ein Statement des Bühnensvereins. Es gab dann im Schauspielhaus eine Lesung zum Tag des Novemberpogroms – ansonsten aber herrschte ziemlich Flaute. Der Chef des Kulturausschusses, Manfred Neuenhaus, brandmarkte das und bemängelte, ihm habe ein großer Aufschlag gefehlt wie in Berlin, wo sogar die Toten Hosen aufgetreten seien. Man ließ die Kritik nicht gelten.

So gehört zur Bilanz am Jahresende ein fades Gefühl. Es bleibt abzuwarten, was der Stadt und vor allem der Kulturszene noch einfällt. Das Schauspielhaus startet im neuen Jahr eine Diskussionsreihe und Bürgermeisterin Clara Gerlach (Grüne) hat in die jüdische Gemeinde zum Austausch eingeladen.

Wer mit Kulturleuten spricht, wird oft Kritik an Israel hören. Ist das in Ordnung? Mehr als das! Die Angriffe in Gaza, die völkerrechtlich als Verteidigung gegen die Hamas gedeckt sind, kosten zu viele zivile Menschenleben (damit hat aber auch die Hamas zu tun, was viele Kritiker vernachlässigen). Die Siedlungspolitik ist falsch. Aber betreibt Israel einen Genozid? Das ist nicht der Fall, auch wenn man dies laut Oberver-

waltungsgericht nun bei Demos in Düsseldorf rufen darf. Umgekehrt plädiert der Ruf „From the River to the Sea“ für die Auslöschung Israels und hat viel mehr mit Genozid zu tun, als mancher wahrhaben will.

Bei der Terrorattacke ist auf schlimmste Weise und konzentriert missbilligt und gedemütigt und getötet worden. In den jüngsten Tagen wurde die sexualisierte Gewalt gegen jüdische Frauen, die bei Vergewaltigungen erschossen und deren Genitalien verstümmelt wurden, thematisiert. Die Initiative BDS, die Israel als Apartheid-Staat kritisiert, ruft seit Jahren zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel auf. Während der BDS den Hamas-Terror herunterspielt, ruft er auf seiner Homepage „als Reaktion auf den sich abzeichnenden Völkermord Israels in Gaza“ Frauengruppen auf, ihre Stimmen zu erheben, um den „Kampf zur Beendigung dieses Völkermords zu unterstützen“.

Seit dem Terror ist es noch fragwürdiger, dass auch zwei führende Düsseldorfer Kulturmanager dafür plädieren, Stimmen mit BDS-Nähe nicht zu boykottieren. Während andere Intendanten sich inzwischen distanzieren haben, sind Kathrin Tiedemann (FFT) und Wilfried Schulz nach wie vor Unterzeichner der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“. Das

bestätigten sie auf Anfrage unserer Redaktion. Schulz betont, man wolle nicht die Bühnen für BDS-nahe Veranstaltungen öffnen. Es gehe darum, Künstlern verdächtigungs-frei begegnen zu dürfen. „Wir kämpfen gegen jeden Antisemitismus, in unserem Programm und mit unserer Haltung. Wir distanzieren uns – damals und heute – deutlich von den Positionen des BDS.“ Aber der Wunsch, „Gesprächsräume offen zu halten, die verschiedene Perspektiven und Meinungen zulassen“, fällt angesichts dieses Hamas-Terrors mehr als schwer – wer ihn relativiert, sollte in Deutschland nicht mit Toleranz rechnen können. Abschließend sagt Schulz: „Die Verurteilung des Terrors der Hamas, die Versicherung des Existenzrechts Israels und unsere gemeinsame Verpflichtung aus der deutschen Geschichte haben wir deutlich und immer wieder zum Ausdruck gebracht – und werden dies weiterhin tun.“ Darauf sind wir gespannt.



UWE-JENS RUHNAU